

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 50 Pf. (Postgebühr). Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: 10 Pf. pro Woche. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich.

Angeliefert: Die halbjährliche Nummer 20 Goldmark, die 4 gelblich gefärbte Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldmark, die 2 gelblich gefärbte Teile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Goldmark. Nachzahlungsgeld 20 Goldmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostau.

Nr. 243 — 84. Jahrgang. — Leipzig-Abt.: „Antisblatt“ Wilsdruff-Dresden. Verleger: Dresden 2640. Sonnabend 17. Oktober 1925

Der österreichische Anschlußgedanke.

Einer von den Staatskennern Europas traf erst im letzten Augenblick bei Genehmigung des Vertrages, in Locarno ein. Am liebsten hätte er wohl sich und sein Land ganz aus der Geschichte ferngehalten, weil er keine Wünsche hat, keine Forderungen zu stellen braucht. Denn alles, was sein Land erstrebt, hat es erreicht. Mussolini ist es, der italienische Ministerpräsident. Sein Panzerzug stand seit längerer Zeit dicht an der schweizerischen Grenze auf italienischem Boden. Auch er scheint zu glauben an Verträge, unter die auch er seinen Namen zu setzen hat. Obwohl ihn und sein Land eigentlich nicht interessiert, was in Locarno vereinbart wird. Denn von vornherein hatte er sich verbeten, daß etwa die deutsch-österreichische Anschlußfrage oder gar etwa die Brennerfrage auf der Konferenz irgendwie berührt werden. Diese Grenze will er selbst mit Waffengewalt schützen, braucht sie sich nicht „garantieren“ zu lassen. Und einen ewigen Anschluß hat er unmöglich als Artikel 10 § 1 bezeichnet. Und in seine antideutsche, seine Statuenierungs-politik in Südtirol läßt er sich nicht hineinreden.

Dabei ist in Deutsch-Österreich die Anschlußfrage in letzter Zeit wieder stärker in den Vordergrund getreten. Man ist schwer enttäuscht, denn in Genf wurde beschlossen, die Völkerverständigung über Österreichs Finanzgebarung nicht aufzuheben, sie vielmehr praktisch zu verlängern. Das hat erwidert. Außerdem oder vielmehr deswegen haben in letzter Zeit Anschlußgedanken weit stärkeres Echo gefunden als früher. Die österreichische Regierung, die von der Christlich-sozialen Partei gestellt wird, hält sich dabei zurück. Nicht so die Parteien rechts und links, die eigentlichen Träger des Anschlußgedankens. Denn die Regierungspartei ist keineswegs ein sehr begünstigter Verehrer dieses Gedankens, weder Dr. Seipel, ihr Führer und bis unlängst Bundeskanzler, namentlich aber Dr. Mataja, der jetzt Außenminister ist. Rag man es für „politisch“ klug halten, daß er in Rom sich sehr abfällig über den Anschlußgedanken und dessen Freunde ausgesprochen, daß er diese Ausführungen vor kurzem in Paris noch unterstreicht und in Genf bei der letzten Völkerverständigung wiederholte —, der Franzose sagt, der Ton ist es, der die Musik macht. Das trifft auf Matajas Stellung zum Anschluß wirklich zu. Darüber ist es jetzt in Wien zu einem großen parlamentarischen Skandal gekommen. Im Nationalrat war ein sozialdemokratischer Redner dem Außenminister vor, er sei Gegner des Anschlusses, zeige eine unerträgliche Feindschaft und Anechtung gegenüber Frankreich gegenüber. Da hat Mataja derartig grob geantwortet, daß es zu wilden Lärmereien kam und dem Minister ein „Rauswurf“ an den Kopf geworfen wurde. Die Sozialdemokraten beschwerten sich beim Bundeskanzler, aber dieser hat sich zwar nicht hinter die einzelnen Ausdrücke des Außenministers gestellt, wohl aber sich mit der Politik Dr. Matajas zufrieden und ist dem Außenminister gegenüber in eine Art parlamentarischer Obstruktion eingetreten. Die Christlich-Sozialen haben die Mehrheit im Nationalrat und die Stellung des Außenministers ist daher nicht gefährdet. Außerdem liebt man ja von altersher im österreichischen Parlament einen etwas rauhen Ton, aber der ganze Zusammenstoß zeigt doch, daß die Anschlußfrage aus dem Schimmer, in den man sie versenkt hat, wieder zu erwachen beginnt. Das ist politisch weit wichtiger als früher. Denn die Behandlung der Anschlußfrage durch die Entente entspringt dem Geist der Sonderbehandlung des Versailler Vertrages und des von St. Germain. Dieser Geist der Sonderbehandlung soll ja aber nun ersetzt werden durch den Geist der Veröhnung, durch den Grundsatz der vollständigen Gleichberechtigung auch der ehemaligen Mittelmächte. Nicht nur am Rhein und an der Saar soll nun aber die Probe auf dieses Exempel gemacht werden, sondern auch die Anschlußfrage könnte dazu eine Gelegenheit bieten. Die bisherige Haltung der Entente ist Hohn auf das vielgepriesene Selbstbestimmungsrecht der Völker, das man zwar jedem Volkswilden zugestand, aber nicht den Deutschen. Darum wird eine Wiederaufklärung der Anschlußfrage politisch höchst bedeutsam werden.

Die Lage in Marokko.

Savoy meldet aus Fez: Alles weist darauf hin, daß die militärischen Operationen großen Stillstand genötigt als abgeschlossen gelten können. Die französischen Truppen richteten sich an den von ihnen besetzten Punkten ein. Die Organisation von Etappen und die Bekämpfung der Nordfront werden intensiv betrieben. Marschall Pétain wird demnächst nach Frankreich zurückkehren und der Regierung über die Operationen und über die gegenwärtige Lage Bericht erstatten. Ein Teil des Generalstabes des Oberkommandos ist nach Rabat verlegt worden. Es ist möglich, daß im Laufe des Winters einige weniger wichtige Einzelunternehmungen an schönen Tagen unternommen werden. Nach einer Meldung des „Journal“ aus Madrid ist binnen kurzem eine Wiederaufnahme der Operationen an der spanischen Marokkofront zu erwarten. Man nehme an, daß die Spanier an der Küste gegen Sidi Driss und gegen Afrau vordringen werden, um die direkte Verbindung nach Melilla herzustellen.

Zwischen Hoffnung und Reuejammer.

Pakt und Schiedsgerichte.

Locarno, 15. Oktober. In der heutigen achten Vollsitzung wurde der gesamte Text für den Entwurf eines Sicherheitspaktes angenommen. Daran wurde die Frage von Schiedsgerichtsverträgen auf die Tagesordnung gesetzt. Die Vertreter Polens und der Tschechoslowakei wurden eingeladen, an der Sitzung teilzunehmen, um den Bericht der Rechtsfachverständigen über ihre Arbeit hinsichtlich der Entwürfe von Schiedsverträgen zwischen Deutschland und Frankreich bzw. zwischen Deutschland und Belgien mit anzuhören. Der Text dieser Entwürfe wurde von den beteiligten Delegationen angenommen. Die Vertreter Polens und der Tschechoslowakei machten alsdann Mitteilung über den bereits fortgeschrittenen Stand ihrer eigenen Verhandlungen mit den Vertretern der deutschen Regierung über den Entwurf von Schiedsverträgen zwischen Deutschland und Polen bzw. zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Es wurde beschlossen, die endgültige Annahme der verschiedenen Verträge wie die Erörterung der Frage des Zeitpunktes einer späteren Sitzung vorbehalten.

So lautet die amtliche Veröffentlichung über den Verlauf der heutigen Konferenzsitzung. Sie gab also davon Kenntnis, daß der gesamte Text des Entwurfs eines Sicherheitspaktes sowie die Texte der Entwürfe von Schiedsverträgen zwischen Deutschland und Frankreich bzw. Deutschland und Belgien angenommen sind. Die Sitzung der Konferenz fand nach einhalbstündiger Dauer ihr Ende. Im Anschluß daran fand noch eine kurze persönliche Besprechung statt. Die offizielle Unterzeichnung soll einer späteren feierlichen Sitzung vorbehalten bleiben, die nach einer von englischer Seite gemeldeten Äußerung Chamberlains für Freitag vorgesehen wäre. Damit würde die Konferenz im wesentlichen ihr Ende erreicht haben. Nach einer weiteren Meldung wird nachmittags die Erörterung der Schiedsverträge in privaten Unterhandlungen der Delegierten der interessierten Mächte fortgesetzt werden. Mussolini ist im Laufe des Nachmittags eingetroffen. Er trat heute morgen von Mailand die Fahrt nach Locarno an. Die Sicherheitsmaßnahmen für Mussolini sind im Laufe des Vormittags noch weiter verschärft worden. Ferner ist gestern der italienische Gesandte in Bern hier eingetroffen und hat mit dem Tessiner Polizeichef eine Reihe von Gründungsfahrten in die Umgegend von Locarno unternommen.

Völliger Umschwung der Lage

Locarno, 16. Oktober. Nach den Besprechungen, die gestern abend zwischen den Hauptdelegierten stattfanden, ist ein völliger Umschwung in der Lage eingetreten, da nämlich von deutscher Seite die sogenannten Rückwirkungen, nämlich der ganze Komplex der Rheinlandfragen, mit allem Nachdruck in den Vordergrund gestellt worden ist. Die Konferenz ist damit in ein Stadium eingetreten, dessen außerordentlicher Ernst auch von amtlicher Stelle nicht mehr bestritten wird. Die deutsche Delegation kennzeichnet diese Situation, daß sie keine Krise, kein Bruch sei, aber im Augenblick kein Ausweg auf eine befriedigende Lösung vorhanden sei. Es ist vereinbart worden, daß nur folgendes amtliche Kommuniqué ausgegeben wird, das trotz allem den Ernst des augenblicklichen Standes der Konferenz voll widerspiegelt. Gestern abend fand eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Luther, dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, dem französischen Außenminister Briand, dem englischen Staatssekretär des Auswärtigen Chamberlain und dem belgischen Außenminister Vanderveelde statt. Es wurden in etwa dreistündiger

Ausprache die in Zusammenhang mit dem Sicherheitspakt stehenden allgemeinen Fragen erörtert. Eine Sitzung der Konferenz ist für morgen noch nicht festgesetzt. In den Verhandlungen der Rechtsfachverständigen über die örtlichen Schiedsverträge ist eine Einigung bisher noch nicht erzielt. Auch daraus geht also hervor, daß die scharfe Zuspitzung der Lage, die mit keinem früheren Stadium zu vergleichen ist, in erster Linie auf die Schwierigkeiten in der Frage der Rückwirkungen zurückzuführen ist.

Es sieht auf Biegen oder Brechen.

Locarno, 16. Oktober. Nach einer ergänzenden Information des Berichterstatters der Telegraphenunion ist die Lage auch noch durch die Tatsache verschärft worden, daß die Polen unter keinen Umständen von dem Ostpakt absehen wollen, während von deutscher unterrichteter Seite noch im Laufe des gestrigen Nachmittags betont worden ist, daß die deutsche Delegation unter keinen Umständen den Ostpakt abschließen werde. Die Verhandlungen der juristischen Sachverständigen über diese Frage stehen auf dem toten Punkt. Man muß mit der Tatsache rechnen, daß die Haltung der Polen die schon durch die Diskussion der Rheinlandfragen ohnehin außerordentlich kritische Situation noch weiter kompliziert. In Konferenzkreisen wird die allgemeine Lage dahin beurteilt, daß die Konferenz durch die gestrige Debatte über die Rheinlandfragen jetzt auf Biegen oder Brechen steht, da die deutsche Delegation diese für Deutschland lebenswichtigen Fragen zu allererst geklärt haben will.

Die Verträge.

In den Abmachungen in Locarno wird aus Verbleib von besonderer politischer Seite geschrieben: Damit ist der erste Teil der Arbeit in Locarno getan. Zweifellos ist der Zweck der Reise, die der Staatssekretär Dr. Kempner vor einigen Tagen aus Locarno nach Berlin gemacht hat, kein anderer gewesen, als die Zustimmung der hier zurückgebliebenen Mitglieder des Kabinetts zur Annahme der verschiedenen Verträge einzuholen. Damit ist ein Teil dessen erreicht, was mit dem deutschen Februarmemorandum eingeleitet worden ist. Doch kennen wir nicht den genauen Inhalt, wissen nicht, wozu sich Deutschland verpflichtet hat. Im November 1922 haben wir den ersten Versuch gemacht, das herbeizuführen, was jetzt erreicht worden ist; doch damals gab es für Frankreich nur den Weg der Gewalt. Der Londoner Pakt ist die zweite Etappe auf dem schweren, mühseligen Wege. Was die deutsche Regierung gewollt hat, nämlich an Stelle dieser Methode der Gewalt eine Methode der Schlichtung und friedlichen Verständigung zu setzen, scheint jetzt doch endlich geglikt zu sein. Freilich, Papier ist geduldig, und darum werden die Bedenken gegen die Paktspolitik der deutschen Regierung in Deutschland nicht eher verstummen, als bis die Paktvereinbarung zur Wirklichkeit geworden ist, die Formulierungen der Verständigungspolitik nun praktische Folgen gezeigt haben. Jede Politik hat ihren unerbittlichen Richter: das ist der Erfolg. Wenn dieser Pakt uns wirklich Sicherheit schafft vor einer Wiederholung der Methode der Gewalt, wenn die Schiedsgerichtsverträge mit Frankreich und mit Belgien nun wirklich eine neue Zeit in dem Verhältnis zwischen uns und diesen Ländern einleiten, dann wäre das angesichts unserer ganzen Lage im allgemeinen ebenso zu begrüßen wie im einzelnen. Aber nicht erst die weitere Zukunft, sondern die nächste Zeit muß erweisen, ob wirklich die Änderung des bisherigen Verhältnisses eintritt soll.

Hindenburg in Dresden.

11.20 Uhr trafen auf dem Bahnsteig Ministerpräsident Heß, Geheimrat von Bülow, Oberbürgermeister Blüher, Stadterordnungsreferent Köhlmann, Reichsbahnpräsident Kluge und Polizeipräsident Kühn zum Empfang des Reichspräsidenten ein. Kurz nach 11.25 Uhr rollte der Zug, bestehend aus einem Schutzwagen und dem Sonderwagen des Präsidenten, auf Bahnsteig I des Hauptbahnhofs ein. Als erster entstieg Hindenburg, frisch und beweglich dem Wagen. Ihm folgten General v. Müller, General Dr. Grabnauer, Ministerialdirektor Dr. Schulze und Major von Hindenburg. Ministerpräsident Heß eilte dem Reichspräsidenten entgegen und beide schüttelten sich die Hand. Darauf stellte der Ministerpräsident dem Reichspräsidenten die zum Empfang erschienenen Herren vor. Die im Bahnhof anwesenden zahlreichen Menschen begrüßten den Reichspräsidenten mit donnerndem Beifall, Hoch- und Hurraufen. Der Reichspräsident schritt

sofort mit seiner Begleitung den Bahnsteig entlang und bog sich durch das nördliche Portal nach dem Wiener Platz. Die dort aufgestellte Ehrenkompanie präparierte unter den Klängen des Präsentiermarsches die Gewehre. Der Reichspräsident begrüßte zunächst die aufgestellten Offiziere der Reichswehr und schritt dann die Ehrenkompanie ab. Aus der hinter dem Karree stehenden Menschenmenge erschollen nicht enderwollende Hoch- und Hurraufen. Immer wieder zog Reichspräsident v. Hindenburg seinen Hut, bis er schließlich trotz des aufziehenden Unwetters barhäuptig stehend sich immer wieder freundlich dankend verneigte. Nach dem Abschieden der Ehrenkompanie fand der Vorbeimarsch vor dem Präsidenten unter klingendem Spiel statt. Einen besonderen Gruß spendete der Reichspräsident den außerordentlich schnellig vorbeiziehenden Reitern mit ihren weiß-grünen Fächchen. Kaum hatte der Reichspräsident neben dem Ministerpräsidenten Heß im Auto Platz genommen, um seine Fahrt durch